



Grundsatzprogramm

der JÖ – jung. ökologisch

beschlossen durch die Bundesversammlung am 18.03.2023

Inhaltsverzeichnis

1. Grundrechte – Menschenrechte – Asyl.....	3
2. Demokratie.....	4
3. Wirtschaft – Arbeit – Gesellschaft.....	5
4. Klima – Umwelt – Ernährung.....	7
5. Wissenschaft und Forschung.....	9
6. Gleichberechtigung – Gender – Selbstbestimmung.....	10
7. Erziehung und Bildung.....	11
8. Digitalisierung.....	12
9. Werte – Religion.....	13
10. Friedenspolitik.....	14

1. Grundrechte – Menschenrechte – Asyl

Das Fundament des Umgangs der Menschen untereinander sind die Menschenrechte.

Sie zu achten und zu wahren, sollte nicht nur innerhalb Deutschlands selbstverständlich sein, sondern auch für unser Verhalten mit Auswirkungen im Ausland maßgeblich sein.

Menschenrechtsverletzungen sind keine Seltenheit, auch bei (westlichen) Global Players gibt es Verbesserungsbedarf. Ziel sollte sein, diese zu erkennen, zu verfolgen und rechtsstaatlich aufzuarbeiten.

Unter den Menschenrechten besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext das Recht auf Asyl, wie es in Art. 16a des Grundgesetzes festgeschrieben ist. Demnach ist Deutschland ein sicherer Hafen für alle Menschen, gleich welcher Herkunft, die in ihrem eigenen Land nicht mehr leben können, weil sie durch das politische System ihrer Freiheit, ihres Lebens oder ihrer Güter beraubt werden.

Wir bekennen uns zu einer humanen Asylpolitik.

2. Demokratie

Wir bekennen uns entschieden zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Nicht zuletzt deshalb genießen wir ein Maß an Freiheit, Rechtssicherheit und Gestaltungsmöglichkeit, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die JÖ stellt sich entschlossen jeglichen politischen Kräften entgegen, die diese freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage stellen oder gefährden.

Eins der Ziele ist es, die Elemente der direkten Demokratie (wie z. B. Volks- und Bürgerentscheide) auszubauen und stärker zu nutzen. Die Grenze der direkten Demokratie muss man jedoch dort setzen, wo eine Mehrheit über eine Minderheit entscheidet und dies zur Diskriminierung führt.

3. Wirtschaft – Arbeit – Gesellschaft

Arbeit und Wirtschaft sollen dem Menschen und der Natur dienen - nicht umgekehrt. Wir als JÖ stehen für ein Wirtschaftssystem nach folgendem Grundsatz ein:

„Unendliches Wirtschaftswachstum ist auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen nicht möglich.“

Wirtschaftliche Zwecke dürfen kein Vorwand für die Ausbeutung von Natur, Tieren und Menschen – egal ob hier vor Ort oder im Globalen Süden – sein. Nachhaltigkeit, Menschenwürde und Umweltschutz sind für unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert keine subjektiven Ideale, sondern objektive Notwendigkeiten. Diese gilt es einzuhalten, damit wir auch in Zukunft ein Zuhause auf unserem Planeten haben können.

Wir streben eine ökologisch-soziale Wirtschaft an, die das stetige Wirtschaftswachstum nicht braucht, um zu funktionieren. Vielmehr wollen wir die Lebensqualität der Menschen verbessern und unsere natürlichen Grundlagen schützen und wieder aufbauen. Die Messung von Wohlstand anhand des Bruttoinlandsprodukts ist nicht zeitgemäß, denn echter Wohlstand umfasst viel mehr als wirtschaftliche Leistung: z. B. eine intakte Natur, faire Löhne und Arbeitsbedingungen, mentale und körperliche Gesundheit sowie politische Selbst- und Mitbestimmung. Unternehmen und Institutionen müssen verpflichtet werden, ihren Beitrag für das soziale und ökologische Gemeinwohl in einer Bilanz offenzulegen.

Dazu gehört auch, dass in der gesamten globalen Lieferkette, von der Ressource bis zum Verkauf des Endprodukts, faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und ein nachhaltiger Umgang mit der Natur beachtet werden. Wir müssen damit aufhören, Ressourcen unwiederbringlich zu verbrauchen und zu verschwenden. Zu einer ökologisch-sozialen Wirtschaft gehören eine funktionierende Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung.

Wir bekennen uns zu den Konzepten der Postwachstumsökonomie und der Gemeinwohlökonomie. Das heißt reuse, recycle und repair, aber vor allem reduce. Wir stehen für die Förderung von Commons-Strukturen; d. h. den gemeinschaftlichen oder geteilten Besitz und damit einhergehend auch geteilte Zeit, Gemeinschaft und Fürsorge: Sharing is caring.

Auch unser Arbeitssystem gehört reformiert. Das Ideal der Vollbeschäftigung in einer 40 h-Woche ist für die heutige Gesellschaft alles andere als sinnvoll. Heute haben immer mehr Menschen Zugang zu Bildung und Arbeit.

Die zunehmende Digitalisierung und technologische Entwicklung führt aber dazu, dass sich die Quantität und Qualität von Arbeit stark verändert. Einige Expert*innen gehen davon aus, dass es in naher Zukunft nicht mehr annähernd genug Arbeit für alle Menschen gibt. Bereits heute gibt es unzählige sogenannte „bullshit-jobs“, die nur dafür da sind, dass Menschen eine Beschäftigung finden. Sie sind sowohl eine unnötige Belastung für die Arbeitenden als auch ein zu vermeidender Klimatreiber. Außerdem gibt es umgekehrt eine Menge wichtiger Aufgaben, die Menschen besser übernehmen können als Maschinen und bei denen es an Fachkräften mangelt; wie z. B. Pflege, Betreuung und Bildung.

Es braucht eine Stärkung des handwerklichen Sektors, um den beispielsweise in der Mobilitäts- oder Energiewende notwendigen Umbau zu stemmen.

Die Gleichsetzung von Arbeit mit Lohnarbeit ist ebenfalls längst überholt. Arbeit umfasst in unserem Verständnis zusätzlich die sogenannte Care-Arbeit und politische sowie ehrenamtliche Tätigkeiten. Ein funktionierendes Zusammenleben braucht alle diese Formen von Arbeit, denn sie sind systemrelevant und halten die Gesellschaft zusammen.

Für ein zukunftsfähiges Arbeitssystem brauchen wir vor allem in den system- und zukunftsrelevanten Arbeitsbereichen eine fairere Bezahlung, die Förderung von Ausbildungs- und Studienplätzen sowie bessere Arbeitsbedingungen.

4. Klima – Umwelt – Ernährung

Als Gesellschaft sind wir in unsere Umwelt eingebettet. Wir sind direkt abhängig von den vielfältigen Ökosystemen und den klimatischen Bedingungen auf diesem Planeten. Nahrungsmittel, sauberes Trinkwasser, saubere und atembare Luft, Baumaterialien etc. werden von diesen Ökosystemen bereitgestellt. Wir zerstören mit unserer imperialen Lebensweise jedoch genau diese Ökosysteme durch Verschmutzung, Versiegelung, Treibhausgasemissionen, Abholzung oder intensive Landwirtschaft immer stärker. Unsere Lebensgrundlage zu schützen, zu erhalten und wieder zu stärken, sollte unsere dringlichste Aufgabe sein. Eine Veränderung unserer zerstörenden Lebensweise ist notwendig.

Für diese (sozial-ökologische) Transformation müssen wir verschiedene Bereiche angehen. Am wichtigsten sind die Normen, die wir als Gesellschaft teilen. Wir müssen anerkennen, dass unsere aktuelle Lebensweise zerstörerisch ist und stattdessen schützende Verhaltensweisen fördern. Bildung und Aufklärung müssen hier eine wesentliche Rolle spielen. Immer wieder müssen Lösungsansätze aufgezeigt werden, um Resignation zu vermeiden. Im Zuge der Transformation müssen Institutionen so angepasst werden, dass diese den nachhaltigen Wandel fördern. Fossile und zerstörerische Infrastrukturen und Produktionsmethoden müssen umgebaut werden. Primär folgt daraus die vollständige Abkehr von fossilen Rohstoffen bis spätestens 2035, die Einführung einer Kreislaufwirtschaft und die vollständige Umstellung auf eine ökologische Landwirtschaft, die Böden und Biodiversität erhält. Essentiell ist die absolute Reduktion unseres Ressourcenbedarfs durch ein „Weniger ist Mehr“.

Wir sind der Überzeugung, dass unser Planet allen Menschen auf der Welt ein gutes Leben bieten kann – wenn wir achtsam mit Ressourcen und unseren natürlichen Lebensgrundlagen umgehen, Ausbeutung von Natur und Mensch beenden und zu einem neuen Verständnis von Arbeit, Wohlstand und Besitz gelangen. Eine pflanzenbasierte Ernährung kann bei der Bekämpfung des Klimawandels helfen. Sie ist ressourcenschonender und minimiert Tierleid. Wir wollen die vegane Lebensweise fördern, indem beispielsweise an Ersatzprodukten geforscht wird und steuerliche Vorteile wie niedrigere Steuern auf pflanzliche Lebensmittel geschaffen werden. Ebenso soll verstärkt über die vegane Ernährung informiert werden.

Auch das pflanzliche Essensangebot in öffentlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen soll gesteigert werden. Idealerweise soll es überall mindestens eine vegane Option geben.

Zusätzlich wollen wir die Forschung und Entwicklung von Laborfleisch und anderen Tierprodukten aus dem Labor fördern, um der weltweit steigenden Nachfrage an tierischen Produkten zu begegnen. Diese haben das Potenzial, wesentlich klima- und umweltfreundlicher zu sein als herkömmliche Tierprodukte, und könnten gleichzeitig langfristig zur Beendigung der Ausbeutung von Tieren in der Lebensmittel-, Kleidungs- und Kosmetikproduktion beitragen.

Auf JÖ-Veranstaltungen bieten wir grundsätzlich (wenn möglich) vegane Gerichte an.

5. Wissenschaft und Forschung

Die Menschheit hat sich enorm entwickelt. Durch globale Herausforderungen wie den Klimawandel oder Pandemien sind wir dazu gezwungen, neue Wege zu gehen. Wir profitieren stark von moderner Medizin und von der Entwicklung neuer Technologien (z. B. Solarenergie). Dafür braucht es Innovation, Forschung und die Förderung junger Talente.

Für unser Ziel einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft muss Forschung und Entwicklung gefördert werden, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen Einzelner ist. Der Staat muss hierfür ausreichende Mittel bereitstellen.

Die Basis unserer Entscheidungen sind wissenschaftliche Erkenntnisse. Wir grenzen uns ab von Pseudowissenschaften und Verschwörungstheorien. Wir basieren unsere Positionspapiere und Programme klar auf gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

6. Gleichberechtigung – Gender – Selbstbestimmung

Auch im sozialen Umfeld braucht es Reformen, um unser Zusammenleben besser zu gestalten. Menschen werden geschlechtsspezifisch binär sozialisiert und erzogen. Männern und Frauen werden bestimmte Eigenschaften zugesprochen. Diese Zuschreibungen bestimmen unser Verhalten in der Gesellschaft und haben große Auswirkungen auf unser Leben. Wir müssen dafür sorgen, dass alle – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe und ihrer sexuellen Identität – die gleichen Chancen haben. Strukturelle Benachteiligungen von Menschen müssen ebenso wie veraltete Denkweisen, die z. B. Frauen mit negativen Attributen verknüpfen, aufgebrochen werden. Insbesondere die Gleichberechtigung im Arbeitsumfeld, in der Politik, bei der Care-Arbeit und in der Medizinforschung ist voranzutreiben.

Auch Männer leiden unter geschlechtsbezogenen Zuschreibungen. Wenn vermeintlich „weibliche“ Emotionen (z. B. Trauer) als schwach angesehen werden, kann es ihnen schwerfallen, diese Emotionen zuzulassen und vorurteilsfrei darüber zu sprechen.

Wir fordern daher eine Gesellschaft, in der jede Person sich ohne geschlechtsspezifischen Druck frei entfalten kann. Wir erkennen, dass es außerhalb des binären Systems weitere Geschlechtsidentitäten gibt, die genauso anerkannt und respektiert werden müssen.

Neben dem traditionellen Familienmodell (Vater, Mutter, Kind(er)) gibt es zahlreiche weitere Familienformen, die genauso gut für das Kindeswohl sorgen können und dem traditionellen Modell in nichts nachstehen.

Wir lehnen das Konstrukt der Heteronormativität ab und erkennen an, dass es eine Vielfalt an sexuellen und geschlechtlichen Identitäten gibt. Leider werden Abweichungen von der Heteronormativität immer noch verfolgt und verurteilt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle ihre sexuelle Orientierung frei wählen können, ohne Diskriminierung zu erfahren.

Wir als JÖ wollen alles Leben schützen. Die Gesellschaft soll die Bedingungen für werdende Eltern verbessern, das Selbstbestimmungsrecht und die körperliche Unversehrtheit von Schwangeren muss aber gewahrt werden. Dazu gehört auch die Anerkennung von Situationen, in denen Abtreibungen unabdingbar sind, weil z. B. das Leben der unfreiwillig schwangeren Person gefährdet ist.

7. Erziehung und Bildung

Unsere Ressource für die Zukunft sind Kinder und Jugendliche. Wir brauchen Institutionen, die mehr als nur Betreuung und reine Wissensvermittlung bieten. Bildung beginnt bereits vor dem ersten Schuljahr – und ist ein lebenslanger Prozess. Das Recht auf Bildung wird daher schon länger nicht mehr nur mit dem Schulbesuch verbunden, sondern auch mit dem Recht auf gut durchdachte, systematische und qualitativ hochwertige Förderung von Kindern in den frühen Lebensjahren. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen einerseits umfassende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die pädagogischen Fachkräfte geschaffen und andererseits deren Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Pädagogische Angebote sollen die soziale, psychische und physische Entwicklung der Schüler*innen fördern.

Bildung soll fit fürs spätere Leben machen. Jugendliche brauchen gute Chancen auf dem Ausbildungsmarkt und Universitäten, die sie in ihrer Individualität fördern. Mit einheitlichen Lehrplänen in den Ländern schaffen wir gerechtere Chancen beim Einstieg. Dabei dürfen Politische Bildung und die Auseinandersetzung mit aktuellen Geschehnissen als fester Bestandteil nicht fehlen.

Wir benötigen umfassende Sanierungen von maroden Schulgebäuden und eine bessere digitale Ausstattung und Gestaltung der Schulen. Bevor Kinder mit digitalen Medien in Kontakt kommen, soll Basiswissen über richtige Kommunikation gelehrt werden. Späterer Unterrichtsbeginn und gesunde Pausen- und Mittagsangebote können ein Beitrag der Schule zur gesunden Entwicklung ihrer Schüler*innen sein.

Bildung als größte Chance für Veränderungen und Verbesserungen darf nicht an mangelnden finanziellen Mitteln scheitern. Hilfen für Auszubildende und Studierende müssen einfach zu beantragen sein, schnell erfolgen und dürfen das Einkommen der Eltern nicht als hauptsächliches Ausschlusskriterium beinhalten. Beispielsweise sollten Lebenshaltungskosten ebenfalls mit einbezogen werden.

8. Digitalisierung

Digitalisierung und Bildung sind eng miteinander verknüpft. Professioneller Umgang mit digitalen Medien wird immer wichtiger. Wir müssen eine angemessene Balance zwischen gebotener Vorsicht (z. B. Datenschutz) und Mut zum Fortschritt finden, um Krisen von heute und morgen zu lösen. Medienkompetenz ist eine entscheidende Schlüsselqualifikation für die Zukunft. Wir brauchen einen modernen, digitalen Staat, der umfassenden Datenschutz sicherstellt und Persönlichkeitsrechte schützt.

Die Digitalisierung bietet enormes Potenzial: Sie kann Arbeitsprozesse beschleunigen und verbessern und uns Aufgaben abnehmen, wodurch wir mehr Zeit für Freizeit, Freund*innen oder Familie haben. Außerdem besteht die Chance, den Verbrauch der knapper werdenden Ressourcen Holz und Altpapier zu senken. Demgegenüber stehen die hohen Energiekosten von Datenübertragungen und Datenspeichern, die es durch gezielte Weiterentwicklung abzumildern gilt. Die Vor- und Nachteile, insbesondere die negativen Auswirkungen auf den Klimawandel durch den Energieverbrauch, müssen sorgfältig abgewogen werden.

Auch mögliche Auswirkungen des Mobilfunks auf Mensch und Umwelt sollen unabhängig betrachtet und einbezogen werden. Auch für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) sind Vor- und Nachteile abzuwägen. Algorithmen können uns dabei helfen, Probleme zu lösen, Daten auszuwerten und Krankheiten sicherer zu diagnostizieren. Es braucht jedoch einen ethischen Kodex für die Entwicklung von KI. Der gezielte Einsatz von Robotern kann körperlich anstrengende Tätigkeiten, wie etwa in der Pflege beim Heben von Personen, entlasten und damit dazu beitragen, dass die Pflegenden sich wieder mehr mit den Pflegebedürftigen beschäftigen können. Für die Nutzung dieser Chancen und die Abwägung von Risiken braucht es eine Stärkung des digitalen und IT-Sektors in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung.

Informatik sollte längst verpflichtendes Schulfach in allen Bundesländern sein und auf einer Stufe mit Mathematik und Naturwissenschaften stehen. Echtes digitales Lernen geht über die heute bekannten „Tablet-Klassen“ weit hinaus und liefert die Grundlage für ein tieferes Verständnis und den Schutz vor der digitalen Welt. Richtiger Umgang mit digitalen Medien muss früh gelernt werden. Dazu zählen bspw. die Fähigkeit, zwischen seriöser Information und „Fake News“ zu unterscheiden, ein verantwortungsvoller Umgang mit sozialen Netzwerken und ein Bewusstsein für die Wichtigkeit des Datenschutzes.

9. Werte – Religion

Die JÖ bekennt sich zu den neun Menschenrechtsabkommen der UN, insbesondere zu der Internationalen Menschenrechtscharta und der UN-Kinderrechtskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie dem Grundgesetz.

Jeder Mensch soll sich frei in der eigenen Persönlichkeit entfalten können. Wir sind gegen jegliche Art von Diskriminierung. Die JÖ ist offen für alle Religionen, Glaubensrichtungen sowie konfessionslose und nichtgläubige Personen.

Wir halten die Trennung von Politik und Religion für zukunftssicher. Die Pflege-, Gesundheits- und Hilfseinrichtungen in Trägerschaft von religiösen Institutionen sind im Moment noch eine wichtige Säule der Daseinsvorsorge. Dies soll sich perspektivisch ändern, sodass die Institutionen mehrheitlich staatlich geführt werden. Personen, welche religiöse Symbole tragen möchten, sollen dies auch in Zukunft tun können, ohne Diskriminierung zu erfahren.

Der schulische Religionsunterricht soll gegen einen Ethikunterricht ersetzt werden, in dem auch grundlegende Werte unserer Gesellschaft vermittelt werden.

10. Friedenspolitik

Wir bekennen uns zur Einhaltung der UN-Friedenscharta. Zur Sicherung des Friedens bedarf es einer stärkeren pazifistischen Grundhaltung sowie einer Reform des UN-Sicherheitsrates. Die aktuelle Machtverteilung mit den fünf dauerhaften Mitgliedern USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China sorgt für ständigen Machtmissbrauch. Durch das Vetorecht werden die eigenen geostrategischen Interessen durchgesetzt. Daher soll das Privileg der permanenten Mitgliedschaft aufgehoben und das Vetorecht abgeschafft werden. Beide Faktoren verhindern häufig eine Verurteilung von Angriffskriegen durch die UN und sind daher schädlich für eine gesunde Friedenspolitik. Alle Staaten, die völkerrechtswidrige Angriffskriege führen, müssen gleichermaßen verurteilt und sanktioniert werden. Die Sanktionen dürfen dabei aber nicht die Zivilbevölkerung treffen, sondern müssen auf die machthabenden Akteure dieser Staaten ausgerichtet sein. UN-Friedenstruppen müssen in der Lage sein, im Falle von UN-Resolutionen effektiv als friedensstiftende Maßnahme zu wirken, um militärische Alleingänge durch einzelne Staaten und Militärbündnisse zu verhindern.

Darüber hinaus fordern wir eine globale Abrüstung von Kernwaffen. Globaler Frieden kann nur durch Kooperation und nicht durch Abschreckung gewährleistet werden.